

# KODAK GRAY SCALE

**C**

Red-Filter Negative

Cyan Printer

**M**

Green-Filter Negative

Magenta Printer

**Y**

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

# KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*

Revidirtes Statut

für die

Actien-Gesellschaft

der

Braunschweigischen Bank.

---

BRAUNSCHWEIG,

DRUCK UND PAPIER VON FRIEDRICH VIEWEG UND SOHN.

1 8 6 5.

UB Braunschweig

84



2302-101-1

# Revidirtes Statut

für die

## Actien-Gesellschaft

der

### Braunschweigischen Bank.

---

BRAUNSCHWEIG,

DRUCK UND PAPIER VON FRIEDRICH VIEWEG UND SOHN.

1 8 6 5.



Landesherrliche

## Bestätigungs - U r k u n d e

für die

in der Residenzstadt Braunschweig unter der Firma:

**„Braunschweigische Bank“**

zu errichtende Privat-Actien-Bank.

---

Von Gottes Gnaden, Wir, **WILHELM**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, etc. etc. fügen hiermit zu wissen:

Wir haben Uns auf Ansuchen des Vorstandes des Kaufmanns-Vereins hieselbst bewogen gefunden, die landesherrliche Erlaubniss zur Begründung einer Privat-Actien-Bank in Unserer Residenzstadt Braunschweig unter der Firma:

**„Braunschweigische Bank“**

zu ertheilen.

Diese Privat-Actien-Bank soll zur Belebung des Geldverkehrs und zur Hebung des Handels und der Fabrikthätigkeit, sowie des Ackerbaues und der Gewerbe dienen, und Wir wollen die Uns vorgelegten, dieser Bestätigungs-Urkunde angeschlossenen Statuten für die Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank hiermit genehmigen und bestätigen.

Der Geschäftsbetrieb dieser Bank darf jedoch erst nach der Zeichnung eines Actien-Capitals von zwei Millionen



Thalern und nach der Einzahlung von zwanzig Procent dieses Capitals, also von 400,000 Thalern begonnen werden.

Diese Bestätigungs-Urkunde soll in die Gesetz- und Verordnungs-Sammlung des Herzogthums aufgenommen werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheimen Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 11. Mai 1853.

WILHELM, Herzog.

(L. S.)

v. Geyso.

# Bekanntmachung

des

Herzoglichen Staatsministeriums: die Landesherrliche Bestätigung des revidirten Statuts für die Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank betreffend.

Nachdem von der Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank unterm 29. März d. J. ein revidirtes Statut errichtet und diesem Statute unterm heutigen Tage die Landesherrliche Bestätigung ertheilt worden ist, so bringen Wir dasselbe hierneben zur öffentlichen Kunde.

Braunschweig, den 26. Juli 1865.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches-Staats-  
Ministerium.

W. Schulz.

von Liebe.





# Revidirtes Statut

für

die Actien-Gesellschaft

der

**Braunschweigischen Bank.**

---

## I. Abschnitt.

Zweck der Bank. Firma, Sitz und Dauer der Gesellschaft.

§. 1.

**Zweck, Firma und Sitz der Bank.**

Zur Hebung des Handels, der Fabrikthätigkeit, des Ackerbaues und der Gewerbe, insbesondere zum Zwecke von Darlehns-, Giro- und Disconto-Geschäften, ist mit landesherrlicher Genehmigung in Braunschweig eine Actien-Gesellschaft mit Corporationsrechten als Privat-Actien-Bank unter der Firma:

„Braunschweigische Bank“

gebildet worden.

Die Gesellschaft ist befugt, in Folge eines mit einer für Statutenveränderung (§. 46) erforderlichen Majorität gefassten Beschlusses der Generalversammlung und mit Genehmigung der Herzogl. Landesregierung an andern Orten des Herzogthums Zweigniederlassungen zum Betriebe der ihr selbst zustehenden Geschäfte zu errichten.

**Dauer der Gesellschaft.**

Die Dauer der Gesellschaft ist auf neun und neunzig Jahre, vom Tage der ersten Ertheilung der landesherrlichen Genehmigung (11. Mai 1853) angerechnet, bestimmt.

**II. Abschnitt.**

Grundcapital der Bank, Actien, Actionaire.

**Grundcapital.**

Das Grundcapital der Gesellschaft besteht aus **Drei Millionen Fünfhunderttausend** Thaler Courant, eingetheilt in 35,000 Stück Actien, à 100 Thaler.

Uebrigens kann dasselbe durch den mit der für Statutenveränderung erforderlichen Majorität gefassten Beschluss der Generalversammlung und mit Genehmigung der Herzogl. Landesregierung vermehrt oder vermindert werden.

**Actien-Documente.**

Die Actien lauten auf den Inhaber und sind mit den Unterschriften von zwei Mitgliedern der Direction versehen.

Die Eintragung in das Actienbuch ist durch die Unterschrift des eintragenden Beamten bescheinigt.

**Dividendenscheine.**

Jeder Actie sind Dividendenscheine auf 10 Jahre nebst einem Talon beigegeben, gegen dessen Rückgabe nach Ablauf des letzten Jahres eine neue Serie von Dividendenscheinen nebst Talon ausgegeben wird.

## §. 6.

**Erlöschen derselben.**

Die Dividendenscheine werden ungültig und es erlischt jeder daraus an die Bank zu erhebende Anspruch, sobald deren Betrag nicht innerhalb vier Jahren nach Ablauf des auf denselben bemerkten Rechnungsjahres bei der Bank erhoben worden ist.

## §. 7.

**Rechte und Verpflichtungen der Actionaire.**

Jeder Actionair hat nach Verhältniss seines Actienbesitzes gleichen Antheil am gesammten Eigenthume, Gewinne oder Verluste der Gesellschaft und haftet nur mit dem eingezahlten Actiencapitale für die Passiva der Gesellschaft.

**III. Abschnitt.****Wirkungskreis und Befugnisse der Bank.**

## §. 8.

Die Gesellschaft ist befugt:

- 1) nach einem von der Herzoglichen Landesregierung genehmigten und von derselben bekannt zu machenden Schema unverzinsbare auf den Inhaber lautende Banknoten auszugeben;
- 2) Wechsel zu discountiren, anzukaufen und zu realisiren;
- 3) Wechsel an Ordre auszustellen und in Umlauf zu setzen;
- 4) laufende Rechnungen zu eröffnen und innerhalb derselben Zinsen zu nehmen und zu geben;
- 5) Vorschüsse auf Werthpapiere, Waaren, Gold und Silber in Barren und Contanten zu gewähren;
- 6) Commissionsgeschäfte zu betreiben.

Um vorhandene, den Geschäftsbedarf überschreitende Cassen-

bestände vorübergehend zu nutzen, können übrigens, jedoch nur nach jedesmaliger vorgängiger Zustimmung des Commissarius der Herzoglichen Landesregierung, angemessene Beträge zum Ankaufe solcher Werthpapiere verwendet werden, zu deren Ankauf die Direction vom Aufsichtsrathe ermächtigt ist.

Der Ankauf eigener Actien ist der Bankverwaltung verboten und nur gestattet, wenn er nach §. 3 die Verringerung des Grundcapitals durch Amortisation von Actien bezweckt.

Die Grundsätze, nach welchen die obigen Befugnisse ausgeübt werden sollen, sind von dem Aufsichtsrathe in dem Geschäfts-Reglement festzustellen, welches die Direction genau zu beobachten hat. Der Aufsichtsrath ist berechtigt, dasselbe nach Umständen zu ändern (siehe übrigens §. 52).

#### §. 9.

##### **Nähere Bestimmungen über die Banknoten.**

Die Banknoten lauten über 10 Thaler Courant, jedoch ist die Bank befugt, nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung auch Banknoten über grössere Beträge auszugeben. Der Totalbetrag derselben darf das Grundcapital der Gesellschaft (§. 3) nicht überschreiten.

Dieselben sind auf Verlangen der Inhaber während der festgestellten Geschäftszeit jederzeit gegen baares Geld einzulösen und es muss dazu stets der vierte Theil des Betrages der umlaufenden Noten in der Bank vorrätbig sein. Ausser diesem zunächst zur Einlösung bestimmten Baarfond muss immer der ganze Betrag der in Umlauf gesetzten Noten in leicht realisirbaren Valuten, d. h. solchen, welche spätestens binnen drei Monaten eingezogen werden können, oder in Gelde in der Bank vorrätbig sein.

#### §. 10.

##### **Zahlungen an den Vorzeiger.**

Die Zahlung der Banknoten wird an den Vorzeiger derselben gegen deren Rückgabe geleistet. Anzeigen eines durch Diebstahl oder auf andere Art erlittenen Verlustes sind für die Gesellschaft



nicht verbindlich und können die Zahlung an den Vorzeiger nicht aufhalten.

### §. 11.

#### **Einziehung und Umtausch der Banknoten.**

Die Gesellschaft ist befugt, ihre sämtlichen Banknoten mittelst öffentlicher, mindestens sechs Mal zu wiederholender Bekanntmachung (§. 54) unter Bestimmung einer präclusiven Frist von wenigstens Einem Jahre, einzuziehen und gegen neue, von den alten sich deutlich unterscheidende Banknoten ohne allen Aufenthalt unentgeltlich umzutauschen.

Die nicht zur bestimmten Zeit eingelierten Banknoten sind in den Händen des Inhabers annullirt.

Von dem Beschlusse einer Einziehung der Banknoten ist der Herzoglichen Landesregierung Anzeige zu machen.

Eingezogene, nicht wieder in Umlauf zu setzende Banknoten sind von der Direction unter Aufsicht des Regierungsscommissairs und einer aus drei Mitgliedern bestehenden Deputation des Aufsichtsraths zu vernichten, und ist über diesen Act ein von den nach Vorstehendem Anwesenden zu vollziehendes Protocoll aufzunehmen.

### §. 12.

#### **Druck der Banknoten.**

Der Druck der Banknoten erfolgt nach Maassgabe des von dem Regierungsscommissair mit der Direction festgesetzten Reglements.

Nach Vollendung des Druckes werden die Platten, unter den zwischen dem Regierungsscommissair und der Bankverwaltung zu verabredenden und bei eintretender Meinungsverschiedenheit von der Landesregierung zu bestimmenden Sicherungsmaassregeln versiegelt deponirt.

---



## IV. Abschnitt.

Rechnungsablage. Dividenden-Vertheilung. Reservefond.

### §. 13.

#### Rechnungs-Abschluss und Ablegung.

Die Rechnung der Bank wird am 31. December jeden Jahres abgeschlossen und die Bilanz nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs (insbesondere Art. 31) aufgestellt. Schliesst eine Bilanz, in welcher stets das ganze Grundcapital als Creditor aufzuführen ist, mit Verlust ab, so muss derselbe auf die nächste Jahresrechnung übertragen, darf also nicht vom Grundcapital abgeschrieben werden. Die Ergebnisse der Bilanz werden der ordentlichen Generalversammlung vorgelegt.

### §. 14.

#### Prüfung des Rechnungs-Abschlusses und Decharge.

Die Prüfung des Rechnungs-Abschlusses erfolgt durch den Aufsichtsrath, von welchem die Direction nach Beseitigung etwaiger Monita Decharge erhält.

### §. 15.

#### Reservefond. Tantième. Dividende.

Wenn der Reingewinn der Bank mehr als 4 % des Grundcapitals beträgt, so werden von dem Ueberschusse 10 % zur Bildung und Erhaltung eines Reservefond verwandt und 10 % als Tantième nach den von dem Aufsichtsrathe zu treffenden Bestimmungen unter die Directoren der Bank und die Vorstände ihrer Zweigniederlassungen (cfr. §. 1) vertheilt. Der verbleibende Rest sowie der oben erwähnte Reingewinn von 4 % fällt den Actionairen als Dividende zu.

Bis zu dem Zeitpunkte, in dem wieder zum ersten Male Divi-

denden an die Actionaire zur Vertheilung kommen, erhält jeder unbesoldete Director jährlich ein Honorar von 500 Thaler.

#### §. 16.

##### **Dividenden-Zahlung.**

Der Betrag der Dividende, der Zahlungstag und die Zahlstelle werden sofort nach der ordentlichen Generalversammlung bekannt gemacht.

#### §. 17.

##### **Bestimmung und Höhe des Reservefond.**

Der Reservefond ist bestimmt, aussergewöhnliche Verluste zu decken. Ueber denselben ist in den Büchern der Bank gesonderte Rechnung zu führen und es bildet derselbe, ohne abgesonderte Belegung, einen Theil des verbenden Capitals der Bank.

Die Grösse des Reservefond wird auf den zehnten Theil des Grundcapitals der Gesellschaft bestimmt und soll diesen Betrag nicht überschreiten.

## **V. Abschnitt.**

### **Verwaltung und Vertretung der Gesellschaft.**

#### §. 18.

##### **Allgemeine Bestimmung.**

Die Interessen und Geschäfte der Gesellschaft werden:

- 1) durch den Aufsichtsrath,
- 2) durch die Direction,
- 3) durch die Generalversammlung der Actionaire

nach den folgenden Grundsätzen wahrgenommen und besorgt.

## A. Der Aufsichtsrath.

### §. 19.

#### Rechte und Pflichten desselben.

Der Aufsichtsrath ist der Vertreter der inneren Rechte der Gesellschaft und fasst Namens derselben verbindende Beschlüsse in allen Angelegenheiten, welche der Generalversammlung nicht ausdrücklich vorbehalten oder der Direction nicht selbständig überlassen sind.

Insbesondere hat derselbe:

- 1) die Wahl der Directoren vorzunehmen (siehe übrigens §. 31),
- 2) das Reglement für den Geschäftsbetrieb der Bank und die Bureau-Ordnung festzusetzen, und in derselben die speciellen Bestimmungen über die Wirksamkeit der Directoren, sowie über ihre Stellung zu einander und die Vertheilung ihrer Functionen zu treffen,
- 3) über alle Anträge der Direction Beschluss zu fassen,
- 4) über die Beobachtung des Statuts, der Instructionen und Reglements von Seiten der Direction zu wachen, und den Geschäftsgang nach Maassgabe der ihm alle Vierteljahr vorzulegenden Geschäftsübersichten zu controliren,
- 5) über die von der Direction jährlich vorzulegende Rechnung und Bilanz, nach vorgängiger Revision und durch dieselbe erlangter Ueberzeugung von deren Richtigkeit, Decharge zu ertheilen,
- 6) die Höhe der Dividende zu bestimmen und die Tantiemen (§. 15) zu vertheilen.

### §. 20.

#### Fortsetzung.

Der Aufsichtsrath nimmt an der ausführenden Verwaltung nicht Theil, ist aber, als controlirende Aufsichtsbehörde, zu Folgendem befugt:

Er kann

- 1) die Directoren, wenn sie sich weigern, seine Beschlüsse auszu-

führen, suspendiren, ist aber in diesem Falle verpflichtet, dann sofort eine General-Versammlung zu berufen, welche das Weitere zu beschliessen hat,

- 2) unter Zuziehung eines der Directoren nicht vorher bestimmte Cassen-Revisionen durch eins oder mehrere seiner Mitglieder vornehmen lassen und muss solches mindestens einmal im Jahre thun. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter sind zu solchen Revisionen ohne Weiteres befugt,
- 3) bei sich ergebender Veranlassung die Berufung einer ausserordentlichen General-Versammlung beschliessen. Ein solcher Beschluss bedarf der Mehrheit von sechs Stimmen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder dessen Stellvertreter kann mit Zuziehung eines Directors in den Bureaus der Bank von dem Geschäftsgange zu jeder Zeit Kenntniss nehmen, dem Aufsichtsrathe darüber Bericht erstatten und für den Fall vorkommender Unregelmässigkeiten die erforderlichen Beschlüsse beantragen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths ist für die Nichtberufung einer aus ihm bekannten Gründen erforderlichen Sitzung des Aufsichtsraths verantwortlich. Der Vorsitzende resp. dessen Stellvertreter haben das Recht und in der Regel die Pflicht, den Directionssitzungen, von denen ihnen rechtzeitig Kenntniss zu geben ist, beizuwohnen.

## §. 21.

### Wahl und Zusammensetzung des Aufsichtsraths.

Der Aufsichtsrath wird von der General-Versammlung gewählt und besteht aus 12 Mitgliedern, von denen wenigstens 7 in Braunschweig wohnen müssen.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths dürfen nur aus der Zahl der stimmberechtigten Actionaire gewählt werden. Sind bei etwaiger Stimmengleichheit in dem Wahllacte mehr Mitglieder des Aufsichtsraths, als erforderlich sind, gewählt, so entscheidet unter denen, auf welche die wenigsten Stimmen in gleicher Zahl gefallen sind, das vom Vorsitzenden der Generalversammlung zu ziehende Loos, wer von ihnen in den Aufsichtsrath treten soll. Der Aufsichtsrath wird durch das Wahlprotocoll der Generalversammlung legitimirt.



## §. 22.

**Ergänzung desselben.**

Der dritte Theil der Mitglieder des Aufsichtsraths tritt jährlich aus und wird durch neue Wahlen ersetzt.

Bis die Reihenfolge des Austritts nach der Amtsdauer feststeht, entscheidet das Loos.

Die Austretenden sind wieder wählbar.

Bei vorkommenden Vacanzen ist der Aufsichtsrath befugt, die Zahl der Mitglieder bis zur nächsten ordentlichen General-Versammlung, welche die Vacanz definitiv erledigt, aus den Actionairen zu ergänzen.

Der Aufsichtsrath wird nach Annahme dieses Statuts und nach erfolgter landesherrlicher Genehmigung desselben gewählt.

## §. 23.

**C a u t i o n .**

Die Mitglieder des Aufsichtsraths müssen für die Dauer ihrer Functionen zehn Actien der Bank als Caution bei der Direction deponiren.

## §. 24.

**Wahl des Vorsitzenden.**

Der Aufsichtsrath wählt jährlich aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, welche beide in Braunschweig wohnen müssen. Dieselben können nach Beendigung ihrer Functionen wieder gewählt werden.

## §. 25.

**Versammlungen des Aufsichtsraths.**

Der Aufsichtsrath versammelt sich zu Braunschweig in der Regel alle drei Monate, ausserdem aber so oft der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter solches für nöthig halten, oder wenn drei Mitglieder die Berufung schriftlich verlangen, oder die Direction darauf anträgt.

Die Berufung geschieht durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter schriftlich, und zwar in der Regel 8 Tage vor dem für die Versammlung bestimmten Termine, unter kurzer Angabe der zu berathenden Gegenstände.

Die Direction ist, insofern nicht der Aufsichtsrath eine vertrauliche Sitzung zu halten beschliesst, berechtigt, sich an den stattfindenden Verhandlungen mit berathender Stimme zu betheiligen und muss in jeder nicht vertraulichen Sitzung durch mindestens eines ihrer Mitglieder vertreten sein. Sie kann rücksichtlich aller Anträge, welche nicht auf der Tagesordnung gestanden haben, verlangen, dass die Beschlussfassung darüber so lange ausgesetzt werde, bis die Mitglieder der Direction unter sich berathen und einen Beschluss gefasst haben. Die Direction ist jedoch verpflichtet, ihren Beschluss spätestens in der nächsten Sitzung des Aufsichtsraths mitzuthemen.

#### §. 26.

#### **Beschlussfassung.**

Zur Fassung gültiger Beschlüsse müssen wenigstens 6 Mitglieder versammelt sein. Die Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst (vergl. jedoch §. 20, Nro. 3). Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

#### §. 27.

#### **Protocolle und Erlasse.**

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsraths wird ein Protocoll, über die Wahl der Directoren und über deren Suspension ein notarielles Protocoll geführt, welches von den anwesenden Mitgliedern zu unterschreiben ist.

Die Erlasse des Aufsichtsraths werden von dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter vollzogen.

#### §. 28.

#### **Aufbewahrung der Acten.**

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths hat für Aufbewahrung der Acten, Urkunden und sonstigen Schriften Sorge zu tragen.



## §. 29.

**Entschädigungen.**

Die Mitglieder des Aufsichtsraths werden nicht besoldet, erhalten jedoch für die durch ihre Functionen veranlassten baaren Auslagen Ersatz.

Dem Vorsitzenden wird als Entschädigung für seine Mühe-  
waltung und Auslagen alljährlich vom Aufsichtsrathe ein Honorar  
ausgesetzt.

**B. Die Direction.**

## §. 30.

**Stellung der Direction.**

Die Direction ist das handelnde und vollziehende Organ der  
Bankgesellschaft.

## §. 31.

**Zusammensetzung der Direction,**

Die Direction besteht aus zwei besoldeten vollziehenden und  
drei unbesoldeten Directoren, welche in Braunschweig wohnen  
müssen.

Die vollziehenden Directoren werden vom Aufsichtsrathe ange-  
stellt, welcher auch den Dienstvertrag mit ihnen abzuschliessen hat.

Die unbesoldeten Directoren werden vom Aufsichtsrathe gewählt  
und es scheidet mit dem Ende jeden Jahres einer von ihnen nach  
dem Dienstalter und bis zu dessen Feststellung nach einer durch  
das Loos bestimmten Reihenfolge aus. Die ausscheidenden Directoren  
sind wieder wählbar.

Scheidet einer der unbesoldeten Directoren während der Dauer  
seiner Functionsperiode aus, so wählt der Aufsichtsrath für die noch  
übrige Dauer seiner Amtsthätigkeit einen Ersatzmann.

## §. 32.

**Caution der Directoren.**

Jeder der unbesoldeten Directoren hat für die Dauer seiner Geschäftsführung zwanzig Actien der Bank bei derselben als Caution zu deponiren.

Ueber die von den besoldeten Directoren für die Erfüllung der ihnen durch Statut, Reglements, Instructionen und durch Vertrag auferlegten Pflichten zu bestellende Caution bestimmt der mit denselben abzuschliessende Dienstvertrag.

## §. 33.

**Wahl des Vorsitzenden.**

Die Directoren wählen unter sich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben. Die Wahl geschieht immer auf ein Jahr, doch sind die Abtretenden wieder wählbar. Die vollziehenden Directoren können nicht Vorsitzende sein.

## §. 34.

**Geschäftsbetrieb.**

Die vollziehenden Directoren haben allein die Einleitung und Leitung aller laufenden Geschäfte der Bank, soweit sie nicht durch dieses Statut und das Geschäfts-Reglement an die Mitwirkung der unbesoldeten Directoren ausdrücklich gebunden sind.

Die unbesoldeten Directoren sind berechtigt, von dem Gange der laufenden Geschäfte jederzeit Kenntniss zu nehmen, haben sich von Beobachtung des Statuts und des Geschäfts-Reglements seitens der vollziehenden Directoren zu überzeugen und sind befugt, von denselben alle ihnen nothwendig erscheinenden Nachweisungen und Auskünfte zu verlangen. Sie haben, so oft sie solches für angemessen halten, Revisionen vorzunehmen, sind aber zu einer vollständigen Revision wenigstens einmal im Jahre, und zwar am Schlusse des Jahres verpflichtet. Ferner haben dieselben an den Plenar-Versammlungen der Direction, welche nach Maassgabe der Geschäftsordnung resp. auf Antrag eines ihrer Mitglieder von dem Vorsitzenden zu berufen sind, Theil zu nehmen.

## §. 35.

**Zeichnung der Firma.**

Für die Gesellschaft zeichnet die Direction unter der Firma  
„Braunschweigische Bank“.

Die Zeichnung muss, um die Gesellschaft zu verpflichten, die Unterschrift zweier Directoren enthalten.

Für Cassageschäfte hat die Unterschrift des ersten Cassirers neben der eines der Directoren Gültigkeit.

## §. 36.

**Beschlussfassung.**

Zur Fassung gültiger Beschlüsse der Direction ist die Anwesenheit von drei Directoren nöthig. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst und bei Gleichheit der Stimmen entscheidet die des Vorsitzenden, jedoch kann die Minorität verlangen, dass vor Ausführung des Beschlusses drei zu diesem Behufe von dem Aufsichtsrathe im Voraus zu bestimmende Mitglieder desselben zugezogen werden und mit diesen die Angelegenheit nochmals in Berathung genommen wird. Der dann durch Stimmenmehrheit der Directoren gefasste Beschluss ist gültig.

Die gefassten Beschlüsse werden in ein Protocollbuch eingetragen und von den Anwesenden unterzeichnet.

## §. 37.

**Bekanntmachung der Namen der Directoren.**

Die Namen der Mitglieder der Direction und des ersten Cassirers (§. 35), sowie alle in Betreff derselben eintretenden Personalveränderungen, sind durch den Aufsichtsrath öffentlich (§. 54) bekannt zu machen.

Die Directoren werden durch das Wahlprotocoll (§. 27), der erste Cassirer und die übrigen Beamten der Gesellschaft durch Attest der Directoren legitimirt.

**Verantwortlichkeit derselben.**

Die Mitglieder der Direction sind nur für die Ausführung der ihnen gewordenen Aufträge verantwortlich; übernehmen dagegen durch ihr Amt keine persönliche Verpflichtung für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Für Beschlüsse, Geschäfte und Handlungen, welche dem Statut, dem Geschäfts-Reglement oder der Bureau-Ordnung zuwiderlaufen, sind diejenigen Mitglieder der Direction, welche daran Theil genommen haben, der Gesellschaft persönlich verantwortlich und können deshalb von dem Aufsichtsrathe in Anspruch genommen werden.

Die vollziehenden besoldeten Directoren sind auch für fahrlässige Unterlassungen verantwortlich.

**Delegation einzelner Directionsmitglieder.**

Die Direction kann einzelne ihrer Mitglieder zur Besorgung besonderer Geschäfte delegiren.

**Anstellung und Entlassung des Bankpersonals.**

Die Direction stellt das Bankpersonal und die Diener der Gesellschaft an, setzt deren Besoldung fest und entlässt sie nach ihrem Ermessen.

Zur Anstellung des ersten Cassirers ist die Genehmigung des Aufsichtsraths einzuholen, desgleichen zu Dienstverträgen, durch die eine Dienstzeit von mehr als drei Jahren, ein Gehalt von mehr als jährlich 800 Thaler, oder eine Pensionsberechtigung zugesichert wird.

**Stellung der vollziehenden Directoren.**

Die vollziehenden Directoren dürfen kein Nebengeschäft treiben, sie sind verpflichtet, ihre Thätigkeit der Bank ganz und ausschliesslich zu widmen, und dürfen für eigene Rechnung weder direct noch indirect, Geschäfte bei der Bank machen.



Sie erhalten neben ihrem Antheile an der Tantième (§. 15) einen festen Gehalt, welcher in dem Dienstvertrage mit denselben festzustellen ist.

Ihre Entlassung kann nur auf Grund von Beschwerden seitens der unbesoldeten Directoren von dem Aufsichtsrathe, jedoch unbeschadet ihrer Entschädigungsansprüche aus den Dienstverträgen, verfügt werden. In dringenden Fällen können die unbesoldeten Directoren durch einstimmigen Beschluss und unter sofortiger Benachrichtigung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths die einstweilige Suspension eines besoldeten Directors anordnen.

## C. Die Generalversammlung.

### §. 42.

#### **Zusammenberufung.**

Alljährlich im Monat März oder April wird eine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Dieselbe findet in Braunschweig Statt und wird von dem Aufsichtsrathe berufen. Die Berufung muss wenigstens 14 Tage vor dem für die Versammlung bestimmten Tage durch eine öffentliche Bekanntmachung unter Angabe der Tagesordnung (§. 54) erfolgen.

Ausserordentliche Generalversammlungen beruft der Aufsichtsrath, so oft er solche für erforderlich hält, oder wenn dies ein Actionair oder eine Anzahl von Actionairen, deren Actien zusammen den 20sten Theil des Grundcapitals darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe an den Aufsichtsrath unter Bezeichnung des Grundes und Zweckes der Berufung beantragen. Auf diese Generalversammlungen finden die obigen Bestimmungen gleichfalls Anwendung.

### §. 43.

#### **Stimmberechtigung.**

Jeder Inhaber von zehn Actien hat in der Generalversammlung Stimmrecht.

10 bis	20	Actien haben	1 Stimme
21	40	„ „	2 „
41	70	„ „	3 „
71	100	„ „	4 „
101	150	„ „	5 „
151	200	„ „	6 „
201	250	„ „	7 „
251	300	„ „	8 „
301	400	„ „	9 „
401 und mehr	„	„	10 „

(Vergleiche jedoch §. 50.)

## §. 44.

**Stimmvertretung.**

Jeder stimmberechtigte Actionair kann sich im Verhinderungsfalle durch einen anderen stimmberechtigten Actionair, welchen er durch eine beglaubigte Vollmacht zu legitimiren hat, vertreten lassen.

Niemand kann für Abwesende mehr als 10 Stimmen vertreten.

## §. 45.

**Stimmabgabe.**

Die Actionaire oder deren Bevollmächtigte haben sich, wenn sie in der Generalversammlung zur Stimmabgabe zugelassen werden wollen, vorher bei der Bank durch Vorzeigung ihrer Actien persönlich zu legitimiren, worauf sie eine Einlasskarte und die erforderlichen Stimmzettel erhalten.

Das über die Legitimation der Actionaire aufzunehmende Protocoll, in welchem die Nummern der Actien zu verzeichnen sind, ist in der Generalversammlung auszulegen.

Uebrigens bleibt es dem Aufsichtsrathe überlassen, in dem Ausschreiben zur Generalversammlung über Zeit, Ort und Weise der Legitimationsprüfung noch besondere Bestimmungen zu treffen.

Die Abstimmungen in den Generalversammlungen, einschliesslich der Wahlen, erfolgen durch Stimmzettel, die das Stimmengewicht



ihres Trägers bezeichnen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden oder eines Mitgliedes der Versammlung kann für den einzelnen Fall ein anderer Abstimmungs- resp. Wahlmodus angewandt werden, falls Niemand aus der Versammlung nach erfolgter Anfrage dagegen protestirt.

#### §. 46.

#### **Stimmentscheidung und Stimmberechnung.**

Bei Wahlen entscheidet die relative Stimmenmehrheit. Andere Beschlüsse werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Vorsitzende.

Beschlüsse über Errichtung von Zweigniederlassungen an anderen Orten des Herzogthums, über Vermehrung oder Verminderung des Grundcapitals und über Abänderung der Statuten sind aber nur dann gültig, wenn wenigstens zwei Drittel der Stimmen der in der Generalversammlung persönlich anwesenden oder durch Bevollmächtigte vertretenen Actionaire sich dafür entschieden haben und den Beschlüssen die landesherrliche Genehmigung erteilt ist (vergleiche ausserdem §. 50).

#### §. 47.

#### **Leitung und Protocollführung.**

Die Leitung der Generalversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsraths oder dessen Stellvertreter.

Der Vorsitzende wählt als Protocollführer einen Notar und sodann zwei Scrutatoren aus den erschienenen Actionairen. Der Vorsitzende und die Scrutatoren haben das aufgenommene Protocoll zu vollziehen.

#### §. 48.

#### **Gegenstände der Berathung.**

- Die Generalversammlung hat zu berathen und zu beschliessen:
- 1) über die Vermehrung oder Verminderung des Grundcapitals (§. 3);
  - 2) über den Geschäftsbericht und den Rechnungsabschluss für das verflossene Jahr (§. 13);

- 3) über die Wahl des Aufsichtsraths (§. 21) und die Entsetzung der Directoren (§. 20);
- 4) über die Abänderung und Ergänzung des Statuts (§. 46);
- 5) über die Auflösung der Gesellschaft (§. 50);
- 6) über die von der Direction, dem Aufsichtsrathe oder einzelnen Actionairen gestellten Anträge.

## §. 49.

**Fortsetzung.**

Die Generalversammlung kann nur über die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände Beschluss fassen.

Anträge einzelner Actionaire, welche in der Generalversammlung zur Beschlussnahme kommen sollen, müssen, motivirt, bis zum 15. Februar des laufenden Jahres bei dem Vorsitzenden des Aufsichtsraths eingereicht werden. Der Antrag und die Beschlussnahme wegen Berufung einer ausserordentlichen Generalversammlung ist auch ausserhalb der Tagesordnung zulässig.

---

## VI. Abschnitt.

### Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

## §. 50.

**Beschlussfassung über die Auflösung.**

Die Auflösung oder Liquidation der Gesellschaft kann nur in einer zu diesem Zwecke besonders ausgeschrieben Generalversammlung beschlossen werden. In dieser Versammlung giebt jede Actie eine Stimme.

Der Beschluss wegen Auflösung und Liquidation der Gesellschaft ist nur gültig, wenn über denselben Actionaire, die insgesamt mindestens zwei Drittel des Grundcapitals repräsentiren, abstimmen,

und wenn sich bei der Abstimmung eine Mehrheit von drei Viertel der Abstimmenden für den Beschluss ausspricht.

Ist die ausgeschriebene Versammlung wegen Mangel der erforderlichen Bethheiligung nicht beschlussfähig, so wird eine zweite Generalversammlung berufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen ihre Entscheidung trifft.

Der Beschluss der Auflösung und Liquidation bedarf auch in dieser Versammlung zu seiner Gültigkeit einer Majorität von drei Viertel der nach dem Vorstehenden Stimmberechtigten.

Zur Gültigkeit des gefassten Beschlusses ist die landesherrliche Genehmigung erforderlich.

### §. 51.

#### Liquidation.

Die Liquidation wird nach Maassgabe der Art. 243 bis 246 incl. des Handelsgesetzbuchs ausgeführt.

Die Inhaber der Banknoten sind drei Mal öffentlich aufzufordern, dieselben binnen sechs Monaten zur Umtauschung gegen den baaren Betrag zu präsentiren (vergl. §. 11 in fine). Nach Ablauf dieser sechsmonatlichen Frist wird der Betrag der nicht präsentirten Banknoten bei der Herzogl. Leihhaus-Casse deponirt und es erfolgt sodann eine gerichtliche Aufforderung an die Inhaber von Banknoten, sich zur Erhebung des Geldes, bei Verlust ihrer Ansprüche, binnen endlichen 6 Monaten zu melden. Wer auch dieser Aufforderung nicht nachkommt, verliert den Anspruch auf Umtauschung der Banknoten und es fällt, nach Ablauf der gesetzten Frist, der verbliebene Betrag der deponirten Summe der Liquidationsmasse zu.

---

## VII. Abschnitt.

### Das Verhältniss der Bank zu der Landesregierung.

#### §. 52.

##### Aufsichtsrecht.

Die Herzogliche Landesregierung übt die Aufsicht über die Bank in dem Maasse, dass sie befugt ist, durch einen dafür zu ernennenden oder ausserordentlich zu beauftragenden Commissarius von den Geschäften und dem Stande der Bank durch Einsicht aller Bücher und Verhandlungen derselben genau Kenntniss zu nehmen, um sich zu überzeugen, dass von Seiten des Aufsichtsraths den Bestimmungen des Statuts überall nachgegangen werde und im Falle des Zuwiderhandelns nach Befinden berichtend einzuschreiten.

Das Geschäfts-Reglement, ingleichen etwaige Aenderungen in demselben (§. 8) sind dem Regierungs-Commissarius, zur Ausübung seiner Rechte, vor deren Feststellung mitzuthemen.

Die Bankrevisionen müssen so geschehen, dass der Geschäftsverkehr der Bank dadurch nicht gehindert wird, und es dürfen die Bücher aus dem Locale der Bank nicht entfernt werden. Der Regierungs-Commissarius ist aber befugt, dabei einen Hülfbeamten zuzuziehen.

#### §. 53.

##### Theilnahme des Regierungs-Commissarius an den Verhandlungen.

Zum Zwecke der ihm übertragenen Aufsichtsführung kann der Regierungs-Commissarius jeder Versammlung des Aufsichtsraths und jeder Generalversammlung beiwohnen, zu welchem Ende demselben von jeder solchen Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsraths Anzeige zu machen ist.



Auch sind dem Regierungs-Commissarius die bei den Versammlungen des Aufsichtsraths und der Actionaire aufgenommenen Protocolle sofort in Abschrift mitzutheilen.

Hat der Regierungs-Commissarius der Direction Eröffnungen zu machen oder von derselben Auskunft zu verlangen, so hat auf sein Verlangen der Vorsitzende eine Versammlung zu veranlassen.

---

## VIII. Abschnitt.

### Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 54.

##### **Bekanntmachungen.**

Alle von der Gesellschaft ausgehende Bekanntmachungen, sowie alle Aufforderungen, Einladungen und Bekanntmachungen, welche in diesem Statute vorgeschrieben werden, sind in Beziehung auf die dabei betheiligten Personen genügend erlassen, wenn sie in den „Braunschweigischen Anzeigen“ und dem „Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“ inserirt sind. Würde eines dieser Blätter eingehen, so wählt der Aufsichtsrath ein dafür zu substituierendes und macht diese Wahl in dem erübrigenden Blatte, sowie in dem neugewählten bekannt. Auf Beschluss der Generalversammlung sind Bekanntmachungen an die Actionaire auch in anderen vor der Generalversammlung bezeichneten Blättern zu inseriren.

#### §. 55.

##### **Mortificationsverfahren.**

Sollen angeblich verlorene oder vernichtete Actien-Documente, Talons, Dividenden- oder Pfandscheine mortificirt werden, so tritt das in dem Herzogthum Braunschweig geltende Verfahren über Mortification von Schuld-Documenten ein.

---

## IX. Abschnitt.

### Transitorische Bestimmungen.

#### §. 56.

Die Hamburger Agentur bleibt bis auf Weiteres bestehen, kann jedoch durch gemeinsamen Beschluss der Direction und des Aufsichtsraths unter Genehmigung der Landesregierung überall oder in der Weise aufgehoben werden, dass die Bank sich mit einer Summe bis zur Höhe von 200,000 Thaler Courant an einer durch den jetzigen Vorstand der Agentur zu organisirenden Commanditgesellschaft als Commanditist betheiligt.

---





# G e s e t z,

einige Rechtsverhältnisse der Braunschweigischen Bank  
und der Herzogl. Leihhaus-Anstalt betreffend.

Von Gottes Gnaden, Wir, **WILHELM**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc.

Nachdem Wir zur Errichtung einer Privat-Actien-Bank in Unserer Residenzstadt Braunschweig unter der Firma „Braunschweigische Bank“ Unsere Genehmigung ertheilt haben, erlassen Wir, zur Beförderung des Geschäftsbetriebes sowohl derselben, als Unserer Herzoglichen Leihhaus-Anstalt, mit Zustimmung des Ausschusses der Landes-Versammlung nachfolgende gesetzliche Bestimmungen:

## §. 1.

Die Braunschweigische Bank ist befugt, den Inhaber der ihr zum Pfande angebotenen Sachen als zu deren Verpfändung berechtigt anzusehen, sofern nicht, bevor die letztere geschehen, ein gerichtliches Verbot an die Bank erlassen sein wird, die in Frage stehenden, genau bezeichneten Sachen zum Pfande zu nehmen.

Die Kraft eines solchen Verbotes erlischt jedoch nach Ablauf von 6 Monaten, von dem Tage der Insinuation desselben angerechnet.

Sachen, welche ohne ein solches Verbot von der Bank zum Pfande angenommen sind, ist dieselbe erst nach völliger Befriedigung wegen des Pfandcapitals sammt Zinsen und Kosten herauszugeben verpflichtet.

## §. 2.

Behuf Realisirung des der Bank an den ihr verpfändeten Sachen zustehenden Faust-Pfandrechts steht es derselben auch ohne gerichtliche Ermächtigung frei, die Sachen nach eingetretener Verfallzeit des Pfandcapitals, entweder meistbietend und öffentlich durch das competente Stadt- oder Amtsgericht oder einen Notar, oder aber aus der Hand, durch einen öffentlichen Waaren- resp. Geld- und Wechsel-Makler verkaufen zu lassen.

## §. 3.

An dem Verkaufe der verpfändeten Sachen nach eingetretener Fälligkeit des Pfandcapitals kann die Bank selbst durch ein gerichtliches Verbot nicht gehindert werden, jedoch ist sie verpflichtet, den etwaigen Ueberschuss aus dem Erlöse des verkauften Pfandes gegen Rückgabe des Pfandscheins an dessen Inhaber auszuzahlen oder, im Falle gerichtlichen Einschreitens, gerichtlich zu deponiren.

## §. 4.

Der Inhaber eines von der Bank au porteur ausgestellten Pfandscheins soll als zur Zurücknahme der darin verpfändeten Sachen gegen Einzahlung des Pfandcapitals sammt Zinsen und Kosten legitimirt angesehen werden.

## §. 5.

Nur in Folge gerichtlichen Arrestes auf verpfändete Sachen darf die Bank dem Inhaber eines solchen Pfandscheins die Herausgabe der darin verpfändeten Sachen gegen Zahlung des Pfandcapitals nebst Zinsen und Kosten verweigern.

Eines solchen Arrestes unerachtet bleibt dagegen die Bank berechtigt, nach eingetretener Fälligkeit des Pfandcapitals die verpfändeten Sachen auf die im §. 2 gedachte Weise zum Verkaufe zu bringen, hat jedoch den etwaigen Ueberschuss des Erlöses zum gerichtlichen Depositum abzuliefern.

## §. 6.

Vindicationen von Metall- oder Papiergelde finden gegen die Bank unter keinen Umständen Statt.

## §. 7.

Die Zahlung für die von der Bank auszugebenden Banknoten erfolgt an den Inhaber derselben und kann selbst durch gerichtliches Verbot nicht gehindert werden.

## §. 8.

Die Bank ist befugt, zum Umtausche der ausgegebenen Banknoten gegen neu zu emittirende oder zur Einlösung für baares Geld den Inhabern eine Frist von mindestens einem Jahre unter dem Rechtsnachtheile zu setzen, dass die zu solchem Behuf innerhalb der Frist nicht eingelieferten Banknoten für erloschen angesehen werden sollen, und nach Ablauf der Frist den Umtausch oder die Einlösung zu verweigern.

Die Frist muss jedoch auf die im §. 9 gedachte Weise und mindestens drei Mal bekannt gemacht gewesen sein.

## §. 9.

Zur gehörigen Veröffentlichung der von der Bank zufolge ihrer statutgemässen Befugnisse zu erlassenden Bekanntmachungen genügt, dass dieselben in den Braunschweigischen Anzeigen und in drei ausserhalb des hiesigen Landes erscheinenden Zeitungen, welche mit Rücksicht auf die Geschäftsverbindungen der Bank von deren Direction auszuwählen sind, publicirt werden.

## §. 10.

Sämmtliche im Vorstehenden der Braunschweigischen Bank ertheilten Befugnisse sollen im gleichen Umfange der Herzoglichen Leihhaus-Anstalt zustehen, vorbehältlich jedoch der derselben in den früheren Verordnungen und Gesetzen über solche Befugnisse hinaus ertheilten Privilegien.

## §. 11.

Das Herzogliche Stadtgericht zu Braunschweig hat die ihm nach dem §. 63 der Statuten für die Actien-Gesellschaft der Braunschweigischen Bank zustehende Leitung des schiedsrichterlichen Verfahrens über Ansprüche der Actionaire gegen die Direction oder den Verwaltungsrath zu übernehmen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23. Mai 1853.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz.

von Geyso.

Langerfeldt.



## G e s e t z :

die Aufhebung des §. 9 des Gesetzes über einige Rechtsverhältnisse der Braunschweigischen Bank und der Herzoglichen Leihhausanstalt vom 23. Mai 1853 betreffend.

Von Gottes Gnaden Wir, **WILHELM**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

Wir erlassen mit Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung die nachfolgende gesetzliche Bestimmung:

Der §. 9 des Gesetzes vom 23. Mai 1853, einige Rechtsverhältnisse der Braunschweigischen Bank und der Herzoglichen Leihhausanstalt betreffend, ist in Folge der Vorschrift im Art. 209, Nro. 11, des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20. Juli 1865.

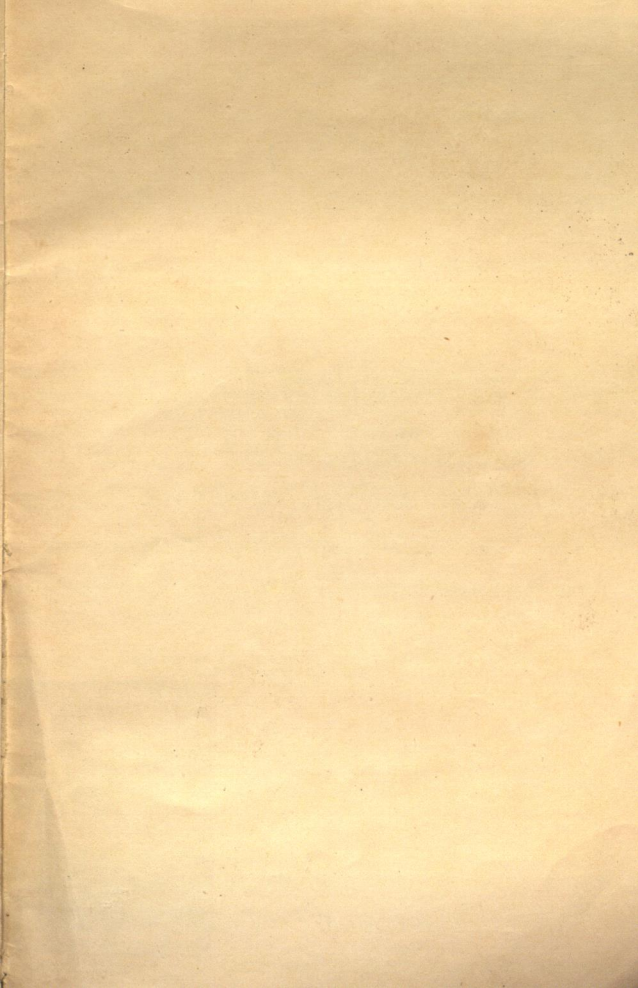
(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

**W. Schulz.**

von Liebe.







# KODAK GRAY SCALE

**C**

Red-Filter Negative

Cyan Printer

**M**

Green-Filter Negative

Magenta Printer

**Y**

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

no A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

# KODAK COLOR CONTROL PATCHES

*These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.*